

# ROTE LINIEN



1/2019  
# 04

Kommunistische Stadtzeitung für Tübingen und Reutlingen



**Inhalt:** Zum Antikriegstag 2019 || Mietpreisstopp fordern! S. 2 || Tübinger Kommunistin neu im Gemeinderat S. 3-4 || Pflege statt Panzer – für mehr Personal im Gesundheitswesen S. 5 || Termine S. 6

## ZUM ANTIKRIEGSTAG 2019

Am 1. September 1939 wurde mit dem Überfall auf Polen von Hitler-Deutschland der 2. Weltkrieg angezettelt. Wir können uns 80 Jahre später nicht entspannt zurück lehnen.

Vor unserer Haustür verläuft die NATO-Pipeline von Kehl nach Bodelshausen. Von Oberndorf am Neckar aus liefert Heckler & Koch Waffen in alle Welt, mit denen getötet wird. Die USA wollen nicht auf ihre Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart-Vaihingen und Möhringen verzichten. In Ulm wird ein neues NATO-Hauptquartier errichtet, das die Verlegung von militärischem Schwergewicht nach Osteuropa sicherstellen soll. Die Bundeswehr wirbt in Schulen, Universitäten, Jobcentern für ihre Verstärkung. Rüstungsunternehmen wie ZF Friedrichshafen beteiligen sich an der Erforschung von „Künstlicher Intelligenz“ im Tübinger „Cyber Valley“.

Die DKP ist immer dabei, wenn Menschen aufstehen für Frieden und Abrüstung. Zehntausende Unterschriften wurden für den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ gesammelt. Auch in Tübingen und Reutlingen waren wir beteiligt.

Die Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden – wurden 1982 vom damaligen Bürgermeister von Hiroshima, Takeshi Araki, gegründet. Diese internationale Organisation leistet Friedensarbeit und setzt sich für atomare Abrüstung ein. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich – das spielt sicher eine wesentliche Rolle. Mit Aktionen und Kampagnen wird versucht, die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und ihre Abschaffung zu erreichen. 7.500 Städte aus 163 Ländern sind beteiligt an dem Netzwerk – über 600 aus Deutschland - Tübingen seit 1987, doch Reutlingen bis heute erstaunlicherweise nicht. Wann tritt der Reutlinger Oberbürgermeister Thomas Keck den Mayors for Peace bei?

Bekanntlich hat Donald Trump den 1987 abgeschlossenen INF-Vertrag gekündigt. Darin verpflichteten sich die USA und die Sowjetunion – dann Russland - zum Verzicht auf sämtliche landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen. Die erneute Beschaffung dieses Waffentyps war untersagt.

Büchel/Eifel in Rheinland-Pfalz ist der einzige Standort in Deutschland, an dem noch US-Atombomben stationiert sind. Wir wollen, dass Büchel dicht gemacht wird. Bei Bündnis 90/die Grünen sollte logische Konsequenz sein, dass sie sich dieser Forderung anschließen. Wo sie sich doch früher für die Abschaltung aller Atomkraftwerke stark gemacht haben. Sonst sind sie ungläubwürdig.

Die EU ist reaktionär und hat keine Friedensabsichten. Was die DKP im Wahlkampf sagte und viele nicht glaubten, bestätigt sich nun: Ausgerechnet die deutsche Kriegsministerin Ursula von der Leyen wurde von den EU-Staats- und Regierungschefs als EU-Kommissionspräsidentin vorgeschlagen und mit knapper Mehrheit vom EU-Parlament gewählt. Geeint mit der NATO gegen Russland – das wahre Gesicht der „Europäischen

Union“.

In den 1980-iger Jahren waren auch die GRÜNEN in der starken Friedensbewegung vertreten, die sich gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 wandte. Er sah die Stationierung von Raketen und Marschflugkörpern mit Atomsprengköpfen in Westeuropa vor. Damals erklärten sich viele Schulen und Kommunen zu atomwaffenfreien Zonen. Auch Tübingen 1983 auf Beschluss des Gemeinderats.

Und heute? Wenn die Stadt Tübingen schon „blau macht“, bitte richtig mit vollem Einsatz für Frieden und Abrüstung! Die Weitergabe von Daten an die Bundeswehr geht gar nicht. Klimaziele können nicht erreicht werden, wenn nicht beständig die Klimakiller Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen in die Aktionen und Kampagnen einbezogen werden. Dazu gehört auch die weiße Friedenstaube auf blauem Grund.

## ★ MIETPREISSTOPP\_FORDERN!

Von **Gerhard Bialas**

Mietpreiserhöhungen sind wirtschaftspolitische Entscheidungen mit Gewinnern und Verlierern. Gewinner sind vor allem die Mietwohnungskonzerne, denen die Mieter ausgeliefert sind. Leider gehören jetzt auch kommunale Wohnungsgesellschaften wie die GWG dazu, die früher als gemeinnützig galten. Hat doch die GWG die Mieten für uns Mieter aus Tübingen Waldhäuser-Ost bereits 2016 und jetzt wieder 2019 um über 10 Prozent erhöht. Nachdem WHO - und damit auch die Wohnungen der GWG - in das Bundes- und Landesprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen ist, stehen diese zum 01.08.2019 vorgenommenen Mieterhöhungen dazu in krassem Widerspruch. Sie sind nicht nachvollziehbar. Auch nicht mit dem Hinweis, dass ja mit Gewinnen durch erhöhte Mieten neue Sozialwohnungen gebaut werden könnten. Für den Neubau von Sozialwohnungen sollten nicht Mietgewinne herangezogen werden. Dafür ist eine Reichensteuer endlich nötig, um damit Sozialwohnungsprojekte zu finanzieren.

Laut „Schwäbischem Tagblatt“ vom 14.06.2019 ist Tübingen unter den zehn teuersten Städten im Südwesten. So darf das nicht weitergehen! Was wir in Tübingen und anderswo brauchen, ist ein Mietpreisstopp! Die Stadt gehört allen. Sie muss für alle be-

wohnbar bleiben. Mit sozialen Mieten in einer lebenswerten Umwelt.

In Tübingen siedeln immer mehr bedeutende Konzerne mit ihren Forschungseinrichtungen. So wie jetzt angekündigt Bosch mit 35 Millionen Euro und künftig 700 Experten für „Künstliche Intelligenz“ auf dem Horemer im Technologiepark. Damit steigt auch der Bedarf an Infrastruktur und vor allem Wohnraum. Es besteht die Gefahr der Verdrängung von Einwohnern mit kleinen und mittleren Einkommen, die auf Wohnungen mit bezahlbaren Mieten angewiesen sind. Die Konzerne müssen dafür in die Pflicht genommen werden, damit das nicht geschieht. Indem sie helfen, Wohnraum für ihre hochdotierten Beschäftigten zu schaffen, und teure Infrastruktur mit finanzieren müssen.



Gerhard Bialas wird seit Jahrzehnten vom „Verfassungsschutz“ rundum-bespitzelt. Auch bei DGB-Maikundgebungen und Beerdigungen sind die Schlapphüte dabei - und geben es selber zu. Mehr über diese endlose Peinlichkeit findet man unter <http://bialas.blogspot.de/>

# ★ TÜBINGER KOMMUNISTIN NEU

## IM GEMEINDERAT Gespräch mit Birgit Hoberg und Gerhard Bialas



Bei der Gemeinderatswahl in Tübingen erlangte Birgit Hoberg (DKP) einen Sitz - unerwartet für sie selbst und ihre Partei, die DKP. Auf der Bündnisliste der „Wählerversammlung Tübinger Linke“, die gemeinsam mit der Partei DIE LINKE im Gemeinderat und auch im Kreistag vertreten ist, wurde Birgit

von Platz 13 auf Platz 4 hochgewählt. Sie ist nun eine der vier Frauen, die für das Bündnis in den Gemeinderat eingezogen sind. Der 87jährige Gerhard Bialas kandidierte aus Solidarität auf dem letzten (40.) Listenplatz mit und wurde auf Platz 11 hochgewählt.

**Rote Linien:** Birgit, wie erklärst du dir, dass du nun so weit vorne gelandet bist?

**Birgit Hoberg:** Es hat uns alle überrascht. Allgemein wurden Frauen auf unserer Bündnisliste hochgewählt. Nun sind keine linken Männer im Gemeinderat, schade.

**Gerhard Bialas:** Die DKP hat konmunalpolitisch einen guten Namen. Ich war ja von 1975 bis 1994 für die DKP im Gemeinderat und Kreistag, dann von 1994 bis 2005 für die Tübinger Linke. Vor kurzem kam in der Zeitung ein großer Bericht über den Bürgerentscheid gegen die Nordtangente. Da wurde vor 40 Jahren in die Zukunft gedacht. Die grüne AL gab es noch nicht. Aber Harald Schwaderer und ich waren für die DKP schon vier Jahre im Gemeinderat und gegen die „autogerechte Stadt“ vornedran mit dabei. Eigentlich gehört allen Beteiligten im Goldenen Buch der Stadt ein Denkmal gesetzt. Ohne sie wäre es heute kaum mehr möglich, in Dimensionen einer klimafreundlichen Fußgänger- und Radfahrerstadt zu denken und eine soziale Stadt in einer lebenswerten Umwelt zu bauen, in der alle ihr Zu-

haus finden. Ich bin froh, dass wir damals alle zusammen gegen die Planungen der Rathausspitze und der großen Gemeinderatsmehrheit konsequent aufgetreten sind.

**Birgit Hoberg:** Klar, ich hab das ja miterlebt. Daran können wir anknüpfen und es verpflichtet auch. Was mich betrifft: Ich bin bei vergangenen Wahlen immer etwas hochgewählt worden. Es hängt vielleicht damit zusammen, dass ich seit 1981 am Uniklinikum arbeite und viele Jahre im Personalrat und in der Betriebsgruppe aktiv war. Seit ich in Rente bin, arbeite ich noch in Teilzeit am Uniklinikum und kämpfe als ver.di-Tarifberaterin aktiv für gute Arbeitsbedingungen. Im Übrigen hatte ich 1984 ein Berufsverbotsverfahren wegen DKP-Zugehörigkeit und Kandidatur auf der DKP-Liste.

**Gerhard Bialas:** Wegen Kandidatur! So sahen die „freien Wahlen“ aus. Das war ein ganz trübes Kapitel, die Berufsverbote. Von 30 Fällen weiß ich aus Tübingen. Unterschiedliche Linke, auch eine Aktivistin der Friedensbewegung. Lehrerinnen und Lehrer, Leute von der Uni und Forschungsinstituten, Postler, Angestellte im Klinikum, so wie die Birgit. Allen, die damals den Mut hatten, auf der DKP-Liste zu kandidieren, gilt heute noch unser Dank und unsere Solidarität. Die waren reihenweise betroffen und wussten es vorher. Nur an mich, den Gärtnermeister im Botanischen Garten der Uni, haben die Berufsverbote sich nicht ran getraut. Den Sturm von Protesten, die sie dann bekommen hätten, wollten sie nicht haben.

**Birgit Hoberg:** Ich wurde damals dann weiter beschäftigt, aber unter dem Vorbehalt, dass man mich, wenn neue Erkenntnisse vorlägen, fristlos kündigen würde. Zurück zu heute: Ich bin im Tübinger Bündnis „Bürger für mehr Pflege“ aktiv und habe mich als einzige im Wahlkampf zum Thema Gesundheit geäußert.

**Rote Linien:** Was macht ihr bei „Bürger für mehr Pflege“?

**Birgit Hoberg:** Immer wieder Aktionen am Klinikum, unter anderem mit dem „Olympischen Brief“. Wir haben im ganzen Klinikum und auch in der

Stadt viele Unterschriften gesammelt. Wir haben auch Veranstaltungen und Filmvorführungen gemacht. Zudem gab es eine Demonstration für mehr Pflege.

**Rote Linien:** *Wie sah euer Wahlkampf aus?*

**Birgit Hoberg:** Zur EU-Parlamentswahl hat die DKP eigenständig kandidiert. Wir sehen die EU deutlich kritischer als die anderen Parteien und auch DIE LINKE. Dazu haben wir einen „Roten Treßen“ gemacht. Man kann das Referat im Internet nachlesen ([dkp-tuebingen.de](http://dkp-tuebingen.de)). An den DKP-Infoständen haben wir neben dem EU-Material die Wahlkampfflyer des kommunalpolitischen Bündnisses verteilt. Das haben wir verbunden mit dem Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“. Für den konnten wir viele Unterschriften sammeln. Außerdem haben wir den Flyer massenweise in Briefkästen gesteckt. Ich habe ihn auch in der Südstadt verteilt, wo ich wohne und mich viele Leute kennen. Im Salzstadel gab es eine gut besuchte Veranstaltung zur Geschichte der „Tübinger Linken“. Die Wählervereinigung wurde dieses Jahr 25 Jahre alt.

**Gerhard Bialas:** Das war 1994 eine Idee von dem verstorbenen Pfarrer Paul Zeller, um mich wieder in den Gemeinderat zu bringen, als wir keine eigene DKP-Liste mehr zusammen bekamen. Als DKP-Gruppe haben wir die TÜL dann immer unterstützt und mit kandidiert. Darüber habe ich berichtet. Es gab auch eine kleine Ausstellung dazu. Der Historiker Bernd-Jürgen Warneken gab einen geschichtlichen Abriss über die Revolution 1848/49 und einige Mitstreiter von Marx und Engels in Tübingen. Es spielte die Marbacher Songgruppe. Eine gelungene Veranstaltung!

**Rote Linien:** *Was steht jetzt an im Gemeinderat?*

**Birgit Hoberg:** Vier Frauen bilden jetzt die TÜL/LINKE-Fraktion im Gemeinderat. Gerlinde Strasdeit und Gitta Rosenkranz waren schon im alten Gemeinderat. Evelyn Ellwart, vormals bei den GRÜNEN aktiv, wurde von Platz 7 auf Platz 3 hochgewählt. Ich denke, wir werden uns verständigen können, wie wir fortschrittliche Politik in Tübingen machen. Für mich ist natürlich das Gesundheitswesen wichtig. Das Uniklinikum ist mit über 10.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Tübingen. Es ist nicht nur für die Uni da, sondern auch ein kommunales Krankenhaus. Das Klinikum weitet sich aus auf dem Steinenberg. Da gibt es im-

mer wieder Auseinandersetzungen, weil sie auch Naturschutzflächen bebauen wollen. Dazu gab es schon im Gemeinderat Debatten. Daneben planen die GRÜNEN eine Regionalstadtbahn, die über die Neckarbrücke und die Mühlstraße führen soll. Dazu soll die historische Neckarbrücke abgerissen und neu aufgebaut werden. Die Mühlstraße ist das Nadelöhr in Tübingen zwischen Neckar und Universität. Sie kann nicht verbreitert werden. Jahrelang wäre die Straße gesperrt, Radfahrer und Fußgänger hätten überhaupt keinen Platz mehr. Auch der gesamte Busverkehr durch dieses Nadelöhr wäre eingeschränkt. Das Bauvorhaben wäre nach Stuttgart 21 und Berliner Flughafen vermutlich das nächste Steuergeldgrab in Deutschland. Natürlich ist die Anbindung aus dem Umland bis zum Tübinger Bahnhof wichtig. Da gibt es einigen Nachholbedarf.

**Gerhard Bialas:** Die GRÜNEN im Gemeinderat und ihr Oberbürgermeister sollten die Lehren des Bürgerentscheids vor 40 Jahren nicht vergessen! Er war und ist ein Lehrbeispiel kommunaler Mitbestimmung und Demokratie durch die Bürgerschaft über Parteigrenzen hinweg. Das Schimpfeck und viele Häuser blieben erhalten, die heute noch bewohnbar sind, nicht zuletzt die „Alte Silcherschule“. Wir haben damals dafür gesorgt, dass man heute noch erkennt, was Tübingen ausmacht. Gegen eine riesige Fehlplanung von Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit hat die Bürgerinitiative damals Stärke und Ausdauer bewiesen.

**Birgit Hoberg:** Und die „Tübinger Linke“ fordert 50 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauten. Zur Zeit sind es 30 Prozent. Ein Genosse arbeitet im Tübinger Wohnbündnis mit.

**Rote Linien:** *Freust du dich auf dein Mandat?*

**Birgit Hoberg:** Das ist schon zweischneidig. Gerhard hat die Messlatte sehr hoch angelegt. Ich hoffe, dass ich da nicht wahnsinnig weit darunter bleibe. Es ist natürlich eine Chance für uns als DKP und Gerhard hat mir gleich gesagt, dass er mich unterstützen wird. Zum Glück bin ich in Rente, da habe ich dann auch genug Zeit, mich darum zu kümmern. Ich freue mich auf der einen Seite. Auf der anderen muss ich schauen, dass ich das gut hinkriege.

# **Pflege statt Panzer – Für mehr Personal im Gesundheitswesen**

Jeder von uns kennt den Pflegenotstand. In Krankenhäusern und Pflegeheimen mangelt es überall an Personal. Wir trauen uns kaum noch, das überlastete Personal um das zu bitten, was wir brauchen. Für die Verwaltungschefs der Krankenhäuser existieren wir nur als Fallpauschalen. Ärztinnen und Ärzte werden angehalten, Patientinnen und Patienten möglichst schnell zu entlassen. In dieser Situation ist es oft schwierig, sich zu wehren und das einzufordern, was uns zusteht: eine gute Versorgung und einen freundlichen Umgang.

Für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich gilt das Gleiche. Nur für die nötigsten Dinge bleibt Zeit. Vieles bleibt auf der Strecke. Beschäftigte können kaum noch verantworten, was sie auf der Arbeit tun. Das müssen wir gemeinsam ändern.

## **Für unsere Würde – Weg mit den Fallpauschalen!**

Die Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2002 machte es möglich, Gewinne in den Krankenhäusern zu erzielen. Je weniger Personal eingesetzt wurde, umso mehr blieb von der Fallpauschale für das Krankenhaus übrig. Von 2002 bis 2007 wurden allein in der Pflege 33 000 Stellen in den Krankenhäusern abgebaut. Außerdem wurde massenhaft privatisiert. Von 1 800 Krankenhäusern sind mittlerweile mehr als 750 privat. Aus unserem Kranksein werden Profite gemacht. Entschieden wird nicht nach medizinischen Gesichtspunkten, sondern nach möglichst hohen Gewinnen. Notaufnahmen, Geburtsstationen und Kinderstationen werden geschlossen, Bereiche mit lukrativen Fallpauschalen werden ausgebaut. Die Fallpauschalen müssen abgeschafft werden, das Kostendeckungsprinzip muss wieder eingeführt werden.

## **Für gute Versorgung. Gegen Personaluntergrenzen!**

Durch den großen Druck musste auch die Bundesregierung handeln. Aber ihre Gesetze lösen die Probleme nicht. Statt Ausstieg aus den

Fallpauschalen wird durch die Hintertür eine Pflegepauschale eingeführt. Statt bedarfsgerechter Versorgung werden völlig unzureichende Untergrenzen festgesetzt. Wir streiten für eine am Bedarf orientierte Personalbemessung, wie sie bereits in den Volksinitiativen in vier Bundesländern vorgesehen ist! Geld ist genug da! Es fließt in Hochrüstung und Kriegspolitik. Wir fordern Abrüsten statt Aufrüsten! Das Geld brauchen wir für Bildung, Soziales und Gesundheit!

## **Für eine Perspektive! Mach mit in der DKP!**

Der Kampf für eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Personal in den Krankenhäusern ist ein wichtiger Streit, um unsere Lebensbedingungen zu verbessern. Er ist ein Kampf gegen die Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung, die natürlich nicht nur die Gesundheitsberufe betrifft. Letzten Endes ist er ein Kampf darum, als Mensch behandelt zu werden und auch andere als Menschen zu behandeln. Solange wir im Kapitalismus leben, werden wir immer um unsere Würde als Menschen kämpfen müssen, sei es auf der Arbeit, als Patient im Krankenhaus oder beim Arbeitsamt. Darum kämpfen wir als DKP nicht nur für mehr Personal in den Krankenhäusern, sondern auch für eine sozialistische Gesellschaft.

*Diesen Artikel übernehmen wir aus dem „Gesundheitsinfo“ der DKP.*



**ROTER GÄSEN**



am Dienstag, 8. Oktober 2019, 20 Uhr, Club Voltaire, Tübingen,  
Haaggasse 26b

**“Prioritäten im Gesundheitswesen: aktuell bei uns, allgemein im Kapitalismus - und im Sozialismus”**

Darüber wollen wir diskutieren mit Ausschnitten aus einem Film, der auf gründlich recherchierter Basis, aber in witziger Form die Gesundheitsversorgung in den USA und in Kuba zum Thema hat.

Was uns vielleicht droht (wenn wir nicht dagegen kämpfen) - und wie es anders sein könnte!



**UZ - unsere zeit -**  
Wochenzeitung der DKP

**Jetzt 4 Wochen**  
kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:  
info@unsere-zeit.de

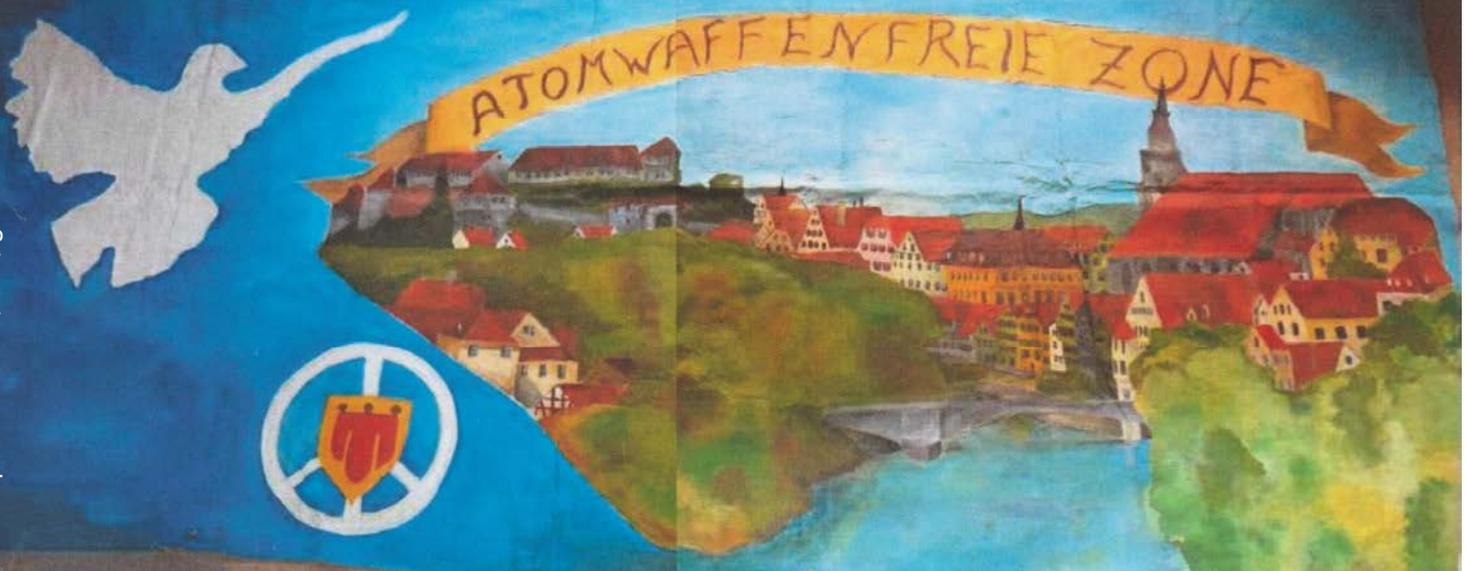
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

**bespitzt**  
bis zum grab



<http://bialas.blogspot.de> // [http://berufsverbote.de/tl\\_files/Bialas/Bialas-Blog.pdf](http://berufsverbote.de/tl_files/Bialas/Bialas-Blog.pdf)

Transparent 4m x 1,80m, gemalt von Maria Salzmann



**Impressum** // Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Tübingen/Reutlingen //  
V.i.S.d.P.: Gerhard Bialas, Weißdornweg 11, 72076 Tübingen //  
E-Mail: [dkp-tuebingen@gmx.de](mailto:dkp-tuebingen@gmx.de) // [www.dkp-tuebingen.de](http://www.dkp-tuebingen.de) //